



Isabel Kling  
Pressesprecherin  
Telefon (0711) 20 63-819 und -815  
Mobil: 0172-7338969  
Isabel.kling@cdu.landtag-bw.de  
Haus der Abgeordneten 70173 Stuttgart

7. November 2014

## **P r e s s e m i t t e i l u n g**

Nr. 267/2014

**Sprecher für Industrie und Handel der CDU-Landtagsfraktion Claus Paal MdL:**

**„Hektik beim Bildungsurlaub ist unverantwortlich“**

„Die Hektik, die beim Finanz- und Wirtschaftsminister gerade ausbricht, ist bemerkenswert. Mehr als ein halbes Jahr lang ignoriert er die öffentlichen und privaten Arbeitgeber beim Thema Bildungsurlaub. Und jetzt soll plötzlich in den schon vollen Wochen vor Weihnachten doch noch eine Anhörung stattfinden. Diese Hektik ist angesichts der Auswirkungen dieses sinnlosen Gesetzesvorhabens unverantwortlich“, erklärt der Sprecher für Industrie und Handel der CDU-Landtagsfraktion, Claus Paal MdL, am Freitag (7. November).

Die CDU-Landtagsfraktion hatte bereits am 22. September 2014 öffentliche und private Arbeitgeberverbände sowie Gewerkschaften zu einer Anhörung zum Bildungszeitgesetz eingeladen. Bei der Anhörung stellte sich heraus: alle angehörten Wirtschaftsverbände und die kommunalen Spitzenverbände sind gegen dieses Gesetz. Sie bemängelten auch, dass der Gegenvorschlag der Wirtschaft zur Förderung von Geringqualifizierten bei Grün-Rot auf taube Ohren stoße. Stattdessen forcieren der

Finanz- und Wirtschaftsminister einen Bildungsurlaub, der aber meist nicht von denen in Anspruch genommen wird, die es nötig haben.

„Die CDU-Landtagsfraktion lehnt daher das von Grün-Rot geplante Gesetz ab. Es ist unnötig und unsinnig. Eine kontinuierliche Fortbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist ein wichtiges Element, das den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg so erfolgreich macht und von unseren Betrieben und Kommunen schon sehr intensiv betrieben wird. Der Anteil an weiterbildenden Betrieben ist in keinem Bundesland höher als in Baden-Württemberg. Wir sollten uns nicht an anderen Bundesländern orientieren, die so ein Gesetz haben und trotzdem oder gerade deshalb eine geringere Weiterbildungsquote vorweisen. Das Gesetz ist inhaltlich und sachlich nicht notwendig, zudem sind die Kostenrisiken – Umsatzausfall und steigende Personalkosten von ca. 2,5% – enorm. Wir fordern den Finanz- und Wirtschaftsminister daher auf, von diesem Gesetzesvorhaben abzulassen“, so Paal abschließend.